



Bundesbauministerin Verena Hubertz beim Tag der Immobilienwirtschaft 2026 | BERLINboxx

Tag der Immobilienwirtschaft 2026: Branche fordert Tempo, Vertrauen und einen Staat, der ermöglicht

27. Mai 2026

Beim Tag der Immobilienwirtschaft 2026 des Zentralen Immobilien Ausschusses wurde die Lage der Bau- und Immobilienwirtschaft zur grundsätzlichen Standortfrage. Rund 1.800 Vertreter aus Immobilienwirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft kamen in Berlin zusammen, um über Wohnungsbau, Investitionen, Regulierung, Finanzierung, Innovation und die Handlungsfähigkeit Deutschlands als Wirtschaftsstandort zu diskutieren.

Der Ton des Tages war ernst, aber nicht resigniert. Zwischen geopolitischer Unsicherheit,

hohen Baukosten, schwierigen Finanzierungsbedingungen und schleppenden Verfahren suchte die Branche nach einem belastbaren Signal: weniger Verwaltung des Mangels, mehr Ermöglichung von Investitionen.

Ein solches Signal setzte Bundesbauministerin **Verena Hubertz**. Sie kündigte an, das derzeit bis zum 30. Juni 2026 befristete EH55-Plus-Programm verlängern zu wollen. Die Förderung soll so lange weiterlaufen, bis die vorgesehenen Mittel vollständig ausgeschöpft sind. Das Gesamtvolumen liegt bei 800 Millionen Euro, pro Wohneinheit stehen zinsverbilligte Kredite von bis zu 100.000 Euro zur Verfügung.

Für die Branche ist diese Ankündigung mehr als eine technische Förderfrage. Sie betrifft Projekte, die bereits genehmigt sind, aber aufgrund gestiegener Zinsen, hoher Baukosten und veränderter Marktbedingungen wirtschaftlich unter Druck geraten sind. Hubertz stellte ihre Rede unter das Leitmotiv einer Baupolitik, die einfacher, schneller und entschlossener werden müsse. Sie verwies auf den Bau-Turbo, das geplante Baugesetzbuch-Upgrade, neue Förderstrukturen und eine stärkere Digitalisierung der Verfahren.

ZIA-Präsidentin **Iris Schöberl** setzte in ihrer Eröffnungsrede einen grundsätzlicheren Akzent. Sie erinnerte an die „Ruck-Rede“ des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog und stellte fest, dass deren zentrale Diagnose auch knapp drei Jahrzehnte später nichts an Aktualität verloren habe. Deutschland wisse seit Jahren, dass Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft modernisiert werden müssten. Trotzdem gehe vieles mit quälender Langsamkeit voran.

Am Rande der Veranstaltung betonte **Ioannis Moraitis**, Geschäftsführer der Hedera Bauwert GmbH, die Bedeutung von Vertrauen und Planbarkeit für private Investitionen: „Der Wohnungsbau scheitert nicht an mangelndem Interesse privater Akteure, sondern an fehlender Verlässlichkeit. Wer Kapital für neue Projekte mobilisieren will, muss Verfahren beschleunigen, politische Entscheidungen berechenbarer machen und Investoren wieder das Gefühl geben, dass Berlin und Deutschland ein verlässlicher Standort sind.“

Wie weit der Infrastrukturbegriff inzwischen reicht, zeigte der Programmpunkt „Defence, Infrastructure & Real Estate“. In seinem Impuls beschrieb **Dr. Alexander Götz**, Hauptabteilungsleiter Aufwuchs im Bundesministerium der Verteidigung, den Aufwuchs der Bundeswehr als eine der großen Infrastrukturaufgaben der kommenden Jahre. Verteidigung braucht konkrete bauliche, logistische und organisatorische Voraussetzungen: Kasernen, Ausbildungszentren, Häfen, Flugplätze, Lagerflächen, Medienetze und leistungsfähige Liegenschaften.

Im anschließenden Panel „Sicherheit bauen: Immobilien als strategische Infrastruktur“ wurde deutlich: Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist Deutschland stärker denn je

als logistisches Kraftzentrum im Zentrum Europas gefordert. Damit wird Sicherheit auch zur Immobilienfrage. Schnelle Verfahren, belastbare Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft sowie professionelles Projektmanagement werden zu zentralen Voraussetzungen staatlicher Handlungsfähigkeit.

Der Tag der Immobilienwirtschaft 2026 war damit kein routiniertes Branchentreffen, sondern eine Standortdebatte unter Druck. Die Botschaft war klar: Deutschland braucht mehr Tempo, weniger Bürokratie, verlässlichere Förderstrukturen, bessere digitale Verfahren und eine Politik, die Investitionen nicht als Problem, sondern als Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit versteht. Die Immobilienwirtschaft ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Jetzt braucht sie einen Staat, der den Weg freimacht. (red)